

Endlager: Atom-Multis verdienen am eigenen Müll

Anmoderation

Anja Reschke:

„Wer Dreck macht – muss ihn auch wegmachen. Das bringt man schon kleinen Kindern bei und das setzt sich im Laufe des Lebens fort. Wir alle zahlen selbstverständlich Abfallgebühren, für die Entsorgung unseres privaten Mülls. Bei Atommüll allerdings sieht die Welt ganz anders aus. Da verdienen die Stromkonzerne sogar am Dreck, den sie produzieren. Maik Rudolph und Kersten Schüssler über eine ziemliche Schweinerei.“

Salzbergwerk Gorleben - in mehr als 800 Meter Tiefe. Eine Goldgrube für eine Firma, die kaum einer kennt. Die DBE – die Deutsche Gesellschaft für den Bau und Betrieb von Endlagerstandorten. Ihre Mitarbeiter leben vom Müll – vom Atommüll. Sie erkunden die Stollen, sie lagern ein, sie setzen Milliarden um. Das große Geschäft mit dem Atommüll – und was auch kaum einer weiß: die Firma DBE gehört vor allem der Atomindustrie, also ausgerechnet den Produzenten des Atommülls.

O-Ton

Sylvia Kotting-Uhl,

Atompolitische Sprecherin:

„Der eigentliche Skandal ist die Tatsache, dass die Kraftwerksbetreiber, die Atommüll produzieren, an ihrem Müll am Ende auch noch mal verdienen. Das ist der größte Skandal.“

Nicht nur an Gorleben verdient die DBE kräftig, auch an anderen großen Atommüllstandorten. Etwa im Schacht Konrad bei Salzgitter, einem Lager für schwach- und mittel-radioaktiven Atomabfall. Oder in Morsleben. Die DBE betreibt hier das ehemalige DDR-Endlager, setzt allein hier hunderte Millionen um, aus Steuergeldern. Überall DBE – das wirkt wie ein Monopol. Und tatsächlich: Der gültige Kooperationsvertrag zwischen der CDU-Bundesregierung und der DBE von 1984 - bisher geheim. Er legt fest: die DBE ist allein beauftragt, „*die Planung und die Errichtung der Anlagen des Bundes*“ durchzuführen.“ Eine Lizenz zum Gelddrucken, und das Schönste: der Vertrag ist fast unkündbar. Die ordentliche Kündigung ist ausgeschlossen.

O-Ton

Sylvia Kotting-Uhl,

Atompolitische Sprecherin:

„Er ist ein Monopolvertrag. Das heißt: es gibt keine Konkurrenz, jeglicher Wettbewerb ist ausgeschlossen, er sichert zu, dass der Auftrag immer in die gleiche Richtung geht, also das ist ein Vertrag, der Wettbewerb widerspricht und völlig unmöglich wäre in der Privatwirtschaft.“

Der Vertrag bleibt ewig in Kraft – so lange keine Regierung versucht, ihn neu zu verhandeln. Die Atomindustrie freut sich über die Daueraufträge aus Berlin – rund 100 Millionen Euro muss allein das Bundesamt für Strahlenschutz jedes Jahr an die DBE überweisen. Der Behördenchef hat keine Wahl, er ist an den Monopolvertrag gefesselt.

O-Ton

Wolfram König,

Präsident Bundesamt für Strahlenschutz:

„Der Vertrag sieht vor zwischen dem Bundesamt für Strahlenschutz und der DBE, dass sich die DBE mit allen wesentlichen Aufgaben beauftragen muss. Ich habe keine Möglichkeiten aus meiner Sicht andere Unternehmen, die durchaus in der Lage wären, Teile dieser Aufgaben zu übernehmen mit hinein zu ziehen und damit eine Konkurrenzsituation zu schaffen, die auch sicherlich auf die Frage der Kosten und die Qualität von Leistungen mit Einfluss haben könnte.“

Garantierte Aufträge, und auch der Gewinn ist zugesichert: bis zu 3,25 Prozent auf jeden Auftrag. Und sogar die Preise ihrer Leistungen kann die DBE festsetzen. Die DBE meldet ihren monatlichen Geldbedarf selbst an. Klingt wie bei einer Behörde. Ist aber eine private Firma, der es vor allem um Geld geht. Dabei sollte Sicherheit an vorderster Stelle stehen. Diese Gefahr sieht auch Wolfgang Renneberg. Er war bis Ende 2009 in der Bundesregierung für die Atomaufsicht verantwortlich.

O-Ton

Wolfram Renneberg,

ehem. Leiter Reaktorsicherheit

Bundesumweltministerium:

„Die Gefahr liegt darin, dass nicht alles das für die Sicherheit getan wird, was erforderlich ist. Weil wirtschaftliche Gesichtspunkte eine größere Rolle spielen als nach dem Atomgesetz vorgesehen. Für den Staat aber muss entscheidend sein, dass das öffentliche Interesse an der Sicherheit das dominante ist. Und deswegen muss die Nähe zu einer solchen Gesellschaft und die Verantwortungsübergabe an eine solche Gesellschaft sehr kritisch betrachtet werden.“

Bei der DBE dominiert nicht das öffentliche Interesse, sondern das der Atomindustrie. Insgesamt 75 Prozent halten die Multis. Nur 25 Prozent kontrolliert der Bund. Und weil sich das Atommüllgeschäft so prima für Geheimniskrämerei eignet, fehlt es an Transparenz, besonders bei den Abrechnungen. Die Warnungen wiederholen sich seit Jahren. 2006 kommt eine vom Bundesamt für Strahlenschutz einberufene Expertengruppe zu einem niederschmetternden Ergebnis: Durch den Vertrag gebe es für die DBE keine Anreize zum wirtschaftlichen Handeln. 2008 kritisiert der Bundesrechnungshof die Jahresberechnungen der DBE: sie seien „*nur schwer nachvollziehbar*“. Auch der Rechnungshof darf nicht alle Akten sehen.

O-Ton

Wolfram König,

Präsident Bundesamt für Strahlenschutz:

„Gerade die Endlagerung von radioaktiven Abfällen lebt davon dass man Vertrauen hat in die Akteure dieses Prozesses. Und dieses Vertrauen ist nicht nur dadurch herzustellen dass fachlich gute Arbeit gemacht wird, sondern das Transparent und offen die Strukturen diskutiert werden können und dieser Vertrag ist meines Erachtens nicht geeignet diese Klarheit herzustellen.“

Und was macht der verantwortliche Umweltminister? Öffentlich wirbt Norbert Röttgen für Offenheit und Mitbestimmung – etwa bei Gorleben.

O-Ton

Norbert Röttgen (Archiv):

„Es wird in jedem Stadium des Verfahrens ein offenes Verfahren geben, es wird Bürgerbeteiligung geben.“

Ein Interview konkret zum Monopolvertrag will er aber nicht geben, ebenso wenig die DBE. Lediglich schriftlich lässt der Minister mitteilen, die Angemessenheit des Vertrages werde vom Ministerium zurzeit geprüft. Das Ministerium prüft und grübelt, die Atommultis kassieren erst mal weiter an ihrem eigenen Müll. Ein sauberes Geschäft!

Bericht: M. Rudolph, K. Schüßler

Schnitt: P. Dosenbach